



Das österreichische Klimavolksbegehren: Als Vorbild für andere Länder

Die globale Klimakrise ist in Zeiten von Corona nicht in Kurzarbeit gegangen. Auch wenn der Fokus von Öffentlichkeit und Medien zuletzt vor allem auf die wirtschaftlichen und sozialen Folgen von Covid-19 gerichtet war, so haben sich dennoch 380.590 Menschen in Österreich für einen mutigen Klimaschutz ausgesprochen und das Klimavolksbegehren unterzeichnet.

(Wien, 08. Juli 2020)

Volksbegehren als Instrument der Demokratie

Volksbegehren sind ein Instrument der direkten Demokratie in Österreich – ähnlich einer Petition handelt es sich um eine Unterschriftensammlung. Wird das Volksbegehren von mehr als 100.000 Menschen auf einem Amt oder per zertifizierter Handysignatur unterzeichnet, so muss das Thema in einer Sitzung im österreichische Parlament behandelt werden.

Die Beteiligung der Bevölkerung am Klimavolksbegehren ist als außergewöhnlich einzustufen. Nicht zuletzt, weil in Zeiten der Corona-Pandemie die Möglichkeiten – im Rahmen einer klassischen Kampagne – zu mobilisieren, stark eingeschränkt waren. Im Ranking der Volksbegehren der vergangenen 10 Jahre belegt das Klimavolksbegehren Platz 5. An diesem Erfolg beteiligt sind 1.100 Freiwillige (so viele wie nie zuvor), die beinahe rund um die Uhr dafür gesorgt haben, dass auch in schwierigen Zeiten das Thema Klimaschutz nicht aus dem Blick der Öffentlichkeit verloren geht.

Erfolge bereits vor der eigentlichen Eintragungswoche

Die erforderliche Hürde der für die parlamentarische Behandlung erforderlichen 100.000 Unterschriften hat das Klimavolksbegehren bereits vor dem eigentlichen Start der Eintragungswoche (22. - 29. Juni 2020) erreicht. Zu einem Zeitpunkt somit, als es darum ging, sicherzustellen, dass das Volksbegehren als solches überhaupt zugelassen wird. Ein Erfolg, den bisher nur wenige Volksbegehren verbuchen können.

Ebenfalls einzigartig in der Geschichte der österreichischen Volksbegehren ist der Umstand, dass zentrale Passagen der in 2019 gestarteten Petition fast wortwörtlich ins Regierungsprogramm der österreichischen Regierung übernommen wurden. Seit Jänner diesen Jahres regiert eine türkis-grüne Koalition unter Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) das Land.

Dennoch wurde weiter Überzeugungsarbeit in der Bevölkerung geleistet. Aus gutem Grund: "Wie wir aus der Erfahrung leider wissen, ist das Bekenntnis - auch auf Papier - zu Klimaschutz das eine, und was in der Praxis dann tatsächlich geschieht, das andere. Wie sehr internationale Verpflichtungen - etwa des Pariser Klimaschutzabkommens - ignoriert und teilweise mit Füßen getreten werden sehen wir jeden Tag. Auch in Österreich", unterstreicht Katharina Rogenhofer, Sprecherin der Initiative.



Klimaschutz als Grundrecht in der Verfassung

Nicht zuletzt aus diesem Grund ist eine zentrale Bestrebung des Klimavolksbegehrens auch, dass in der nationalen Gesetzgebung sichergestellt wird, dass Verpflichtungen zum Klimaschutz auch eingehalten werden. Gefordert wird deshalb etwa die Verankerung eines Grundrechts auf Klimaschutz in der Verfassung. Nur so lässt sich die Gewährleistungspflicht des Staates nominieren, die BürgerInnen vor negativen Folgen der Klimakrise zu schützen und sicherstellen, dass neue Gesetze und Verordnungen in Zukunft den Emissionszielen nicht entgegenstehen. Um die Einhaltung dieser Ziele zu regulieren, fordert das Klimavolksbegehren die Errichtung eines nationalen Klimarechnungshofes. Ähnlich wie beim Staatsbudget, würde dieser prüfen, ob das jährlich vorhandene CO2-Budget eingehalten wird und bei Verfehlung, Empfehlungen für die kommenden Jahre aussprechen. Das Modell kann auch für andere Länder Vorbild sein.

Die Behandlung des Klimavolksbegehrens im österreichischen Parlament (voraussichtlich im Herbst) ist in diesem Sinne ein Meilenstein, aber keinesfalls das Ende des Weges. Zu oft ist es nämlich in der Vergangenheit geschehen, dass Volksbegehren zwar große Unterstützung hatten, dann politisch aber versanden: "Das darf dieses Mal nicht passieren", fordert Rogenhofer. "Jetzt beginnt die eigentliche Aufgabe: sicherstellen, dass die Umsetzung gelingt. Erst dann haben wir unser Ziel erreicht."

Mehr Informationen: <https://klimavolksbegehren.at/presse/>

Zum Klimavolksbegehren:

Die Eintragungswoche des Klimavolksbegehrens ist vom 22.-29. Juni. Als unabhängige Stimme fordert das Klimavolksbegehren gemeinsam mit BürgerInnen und anderen Organisationen die Politik auf zu handeln – für eine lebenswerte Zukunft. Mittlerweile gibt es über 1000 Menschen in allen Bundesländern, die sich für das Klimavolksbegehren engagieren. Unsere Forderungen haben wir gemeinsam mit ExpertInnen aus der Klimawissenschaft, Umwelt-NGOs und anderen Organisationen ausgearbeitet.

Mehr dazu finden Sie auf unserer Website: www.klimavolksbegehren.at

Pressekontakt:

Mag. Kathrin Resinger, MA
Klimavolksbegehren | Leitung Presse
+43 (0) 677 63 751 340
k.resinger@klimavolksbegehren.at